



Nr. 35

19. Oktober 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

eGovernment Monitor 2023

[42 Prozent der Deutschen unzufrieden mit digitaler Verwaltung](#)

Preisverleihung

[Nachwuchskräfte für Abschlussarbeiten ausgezeichnet](#)

dbb Chef beim Europäischen Abend

[„Gerade in Zeiten großer Veränderungen muss auf den Staat Verlass sein“](#)

Kongress der dbb bundesseniorenvertretung

[Staat muss pflegende Angehörige besser unterstützen und Rente sichern](#)

Ideencampus 2023

[Die „Generation Krise“ braucht einen starken Staat](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Finanzminister will in die Pensionskasse greifen](#)

Saarland

[dbb Landeshauptvorstand: Vorbereitung der Einkommensrunde](#)

VRFF Die Mediengewerkschaft

[Inflation trifft auch Beschäftigte der öffentlich-rechtlichen Medienhäuser](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Zolltag 2023: Liebel will Zollfahndungsdienst stärken](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Lagebild Organisierte Kriminalität: Kriminelle Finanzstrukturen abschöpfen](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Digitalpakt Schule: Finanzierungslücke gefährdet zeitgemäße Bildung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

eGovernment Monitor 2023

42 Prozent der Deutschen unzufrieden mit digitaler Verwaltung

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach fordert mehr Tempo bei der Digitalisierung. Denn es geht dabei auch um das Ansehen des Staates.

42 Prozent der Menschen, die die eGovernment-Angebote ihrer Stadt oder Gemeinde kennen, sind damit unzufrieden. 35 Prozent ziehen einen Behördengang vor, statt den digitalen Weg zu wählen. Und in 61 Prozent der Fälle scheitert die Nutzung von eGovernment bereits an der mangelnden Bekanntheit der Angebote – dabei sehen 71 Prozent grundsätzlich einen Mehrwert darin, Behörden-dienste digital abzuwickeln. Dies sind zentrale Ergebnisse der aktuellen Studie eGovernment Monitor 2023.

„Die Zahlen zeigen, dass wir in Sachen Digitalisierung noch dicke Bretter bohren müssen“, kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach die Veröffentlichung der Studienergebnisse am 13. Oktober 2023. „Die Qualität staatlicher Dienstleistungen ist entscheidend für die Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit des Staates. Ein Grund mehr, endlich den digitalen Staat zu verwirklichen und die komplexen Aufgaben wie die durchgängige digitale Verwaltungsleistung anzugehen. In Zeiten von Fachkräftemangel

und hoher Arbeitsverdichtung bedeutet eine nutzerfreundliche digitale Handhabung vieler Verfahren auch eine echte Entlastung für die Beschäftigten.“

Laut der vorliegenden Studie steigt die Nutzung digitaler Verwaltungsdienstleistungen in Deutschland zwar an, jedoch nur langsam. Silberbach: „Die Verantwortlichen in der Politik müssen jetzt handeln. Online-Dienste müssen bekannter und stärker genutzt werden, die Zufriedenheit mit der Nutzung muss steigen. Die Digitalisierung ist eine Voraussetzung für mehr Serviceorientierung. Es ist jetzt ganz entscheidend, den Staat fit für die Zukunft zu machen.“

Hintergrund:

Der [eGovernment MONITOR](#) zeigt, ob und wie die digitale Transformation der Verwaltung bei den Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Österreich und der Schweiz ankommt. Das seit 2010 jährlich erscheinende Lagebild hilft Verantwortlichen, Fortschritte zu messen und Schwachstellen zu identifizieren.

Preisverleihung

Nachwuchskräfte für Abschlussarbeiten ausgezeichnet

Die Preise wurden auf der Rektorenkonferenz der Hochschulen des öffentlichen Dienstes vergeben. Ein zentrales Zukunftsthema steht im Fokus der Arbeiten.

Der dbb steht im engen Austausch mit den Hochschulen des öffentlichen Dienstes. Bereits das siebte Jahr in Folge stiftet er die Preise für die besten Abschlussarbeiten, die im Rahmen der Rektorenkonferenz vergeben werden.

„Sie sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb Jugend, am 11. Oktober 2023 auf der Preisverleihung in Halberstadt an der Hochschule Harz. „Sie sind der Nachwuchs, von dem so oft gesprochen wird. Der Nachwuchs, der so gefragt ist. Der für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes so entscheidend ist. Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen, Sie für Ihre herausragenden Leistungen zu würdigen. Sie haben es mehr als verdient!“

Die Preisträgerinnen und Preisträger in diesem Jahr sind:

1. Platz: Lucy Riecken mit der Abschlussarbeit „Rationalitätssicherung im Prozessmanagement der öffentlichen Verwaltung. Das Beispiel SGB II“
2. Platz: Johannes Böhm mit der Abschlussarbeit „Gefängnisbibliotheken in Bayern. Auswertung einer Umfrage zur Bibliotheksarbeit im bayerischen Justizvollzug aus dem Jahr 2021“
3. Platz: Oliver Amelang mit der Abschlussarbeit „Corporate Influencer im Einsatz Eignung moderner Instrumente der Abonnentenbindung für die Nachwuchsgewinnung der hessischen Polizei“

In den kommenden zehn Jahren werden über 1,3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen. „Die Frage

nach dem Nachwuchs bleibt in vielen Bereichen offen“, mahnte Fandrejewski. „Die Menschen bekommen den Personalmangel immer mehr zu spüren. Lange Wartezeiten für einen Kitaplatz, Genehmigungen, einen Termin beim Bürgeramt oder andere behördliche Leistungen sind nicht nur nervig, sie lassen auch das Vertrauen in den Staat mehr und mehr sinken. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst spielen als Fachkräfteschmiede eine Schlüsselrolle für die Trendumkehr, ihre Arbeit ist von

enormer Bedeutung. Für den öffentlichen Dienst und damit für die Gesellschaft insgesamt.“

Hintergrund: In den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der Studierenden an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst um 30 Prozent gestiegen. Aktuell gibt es mehr als 70.000 Studierende, mehr als 1.000 Professorinnen und Professoren, die in 170 Studiengängen Wissen vermitteln.

dbb Chef beim Europäischen Abend

„Gerade in Zeiten großer Veränderungen muss auf den Staat Verlass sein“

Der öffentliche Dienst spielt eine Schlüsselrolle bei den notwendigen Transformationen der Gesellschaft, ist der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach überzeugt.

„Klimawandel und Kriege bestimmen die Schlagzeilen weltweit. Auch in Deutschland spüren wir die Auswirkungen: So sind mehr und mehr Menschen auf der Flucht und suchen Schutz bei uns. Gleichzeitig haben wir im Land unsere ganz eigenen Baustellen: Während internationale Konzerne die Künstliche Intelligenz auf immer neue Ebenen hieven, stotert die Digitalisierung bei uns auf fast allen Ebenen – unter anderem aufgrund des Fachkräftemangels, den längst nicht nur die IT-Branche spürt. Das alles führt zu einer massiven Verunsicherung bei den Menschen. Gerade in Zeiten großer Veränderungen muss deshalb auf den Staat Verlass sein“, sagte der dbb Chef am 18. Oktober 2023 im Vorfeld des 32. Europäischen Abend im dbb forum berlin.

gerade jüdisches Leben in Deutschland schützen und dabei selbst zur Zielscheibe werden. In all diesen Fällen erwarten wir von der Politik als gewählte Vertretung des Staates, dass die Beschäftigten mit diesen Herausforderungen nicht alleine gelassen werden. Das sollte selbstverständlich sein. Wir erwarten aber noch mehr: Der Staat sollte nicht nur handeln, wenn es schon brennt – er sollte auch mit gutem Beispiel vorangehen. Um es deutlich zu machen: Wenn der Staat von den Bürgerinnen und Bürgern mehr Klimaschutz einfordert, dann sollte die Feuerwehr nicht mit antiken qualmenden Dieseln aus der zugigen Wache ausrücken müssen. Die Menschen wollen einen funktionierenden und handlungsfähigen Staat – in Zeiten großer Veränderung mehr denn je.“

„Der Staat und seine Beschäftigten spüren diese Entwicklungen ganz konkret. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen, die sich um Geflüchtete kümmern, ebenso wie etwa für unsere Polizeikräfte, die

Einen ausführlichen Bericht und alle Informationen zum Europäischen Abend gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Kongress der dbb bundesseniorenvertretung

Staat muss pflegende Angehörige besser unterstützen und Rente sichern

Die 148 auf dem dbb Bundesseniorenkongress beschlossenen Anträge wertet dbb Chef Ulrich Silberbach als Bereicherung der politischen Positionierung der Dachorganisation.

In seinem Grußwort an den 3. Bundesseniorenkongress am 17. Oktober 2023 hob der dbb Bundesvorsitzende drei Beschlüsse hervor. Bei der Forderung nach einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige habe der dbb in enger Abstimmung mit der bundesseniorenvertretung maßgeblich am

Modell einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung mitgearbeitet und dieses schließlich an Bundesfamilienministerin Lisa Paus übergeben. „Das ist ein Riesenerfolg und ein Beispiel für konstruktive innergewerkschaftliche Zusammenarbeit“, so Silberbach in seiner Rede auf

der öffentlichen Veranstaltung am zweiten Tag des Kongresses.

„Bei der Durchsetzung der Forderung nach Verhinderung einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus und einer Stärkung der Erwerbsminderungsrenten ziehen dbb und bundessenorenvertretung ebenfalls an einem Strang“, sagte Silberbach. In der internen Arbeitsgruppe „Perspektiven der Rentenpolitik“ beraten neben Frauen, Jugend und Senioren auch Expertinnen und Experten aus allen Teilen des dbb regelmäßig, wie entsprechenden Versuchen seitens der Politik entgegengetreten werden könne. Insbesondere die Zusammenarbeit von dbb jugend und dbb senioren bezeichnete Ulrich Silberbach als „Beitrag zur Generationengerechtigkeit“. Und die Forderung nach einer Stärkung der geriatrischen Rehabilitation solle unter dem Leitgedanken „Reha vor Pflege“ helfen, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuschieben.

Horst Günther Klitzing, den der Kongress am Vortag in seinem Amt als Vorsitzender der dbb bundessenorenvertretung bestätigt hatte, sagte: „Die ältere Generation ist keineswegs in der Vergangenheit stehen geblieben, in den vermeintlich besseren Zeiten. Wir leben im Hier und Jetzt und machen uns genauso wie die Jüngeren Gedanken um die Zukunft.“ Groß sei unter den Älteren die Sorge um den demokratischen Rechtsstaat „angesichts der schleichenden Tendenzen, historisch erkämpfte und erfolgreich umgesetzte Rechtsnormen zugunsten individueller Egoismen und Zeitgeistströmungen aufzuweichen oder sogar aufzugeben“, sagte Klitzing. „Wir wissen um die Bedeutung eines Lebens in Freiheit und sozialer Verantwortung auf der Basis unseres Grundgesetzes.“

An den Senioren als statistisch relevanter Gruppe der Gesellschaft führe kein Weg vorbei, so Klitzing. Insbesondere seien sie bereit,

sich bei der Digitalisierung, bei der Eingrenzung der Folgen des Klimawandels und bei der Integration von Migranten einzubringen. „Wir Älteren können für die gesamte Gesellschaft zu einem Gewinn werden, wenn wir wertgeschätzt und angemessen berücksichtigt werden, wenn wir also teilhaben können“, betonte Klitzing. Die Bestrebungen der Bundesregierung, Forschung zu „Potenziale und Teilhabechancen“ des älteren Teils der Gesellschaft zu initiieren, um diese gesellschaftlich nutzbar zu machen, bewertete der Chef der dbb senioren deshalb als positiv. Nicht nur als Großeltern, auch im Ehrenamt leisteten Senioren und Seniorinnen schon jetzt einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander. „Seniorinnen und Senioren teilen die Erfahrung, dass es Anstrengung kostet, etwas zu erreichen. Diese Erfahrung an Jüngere weiterzugeben kann positive gesellschaftliche Impulse setzen.“

Neben dem Vorsitzenden wurden auch die weiteren Posten in der Geschäftsführung der dbb senioren (wieder)gewählt: Norbert Lütke, der bisherige Zweite Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, bekleidet sein Amt für weitere fünf Jahre. Komplettiert wird die neue Geschäftsführung der dbb bundessenorenvertretung durch drei weitere stellvertretende Vorsitzende: Thomas Krupp (dbb landesbund mecklenburg-vorpommern - dbb m-v), Max Schindlbeck (Verband Bildung und Erziehung - VBE) und Anke Schwitzer (Deutsche Steuer-Gewerkschaft - DSTG).

Hintergrund: „Zukunft. Mit uns. Für alle“ - Unter diesem Motto tagte am 16. und 17. Oktober 2023 das höchste Gremium der dbb bundessenorenvertretung, der Bundessenorenkongress. Alle Informationen dazu gibt es [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).

Ideencampus 2023

Die „Generation Krise“ braucht einen starken Staat

Inflation, Krieg, Klimawandel: Auf dem Ideencampus rückt die dbb jugend die Ängste und Sorgen ihrer Generation in den Fokus.

„Ein starker Staat ist der Anker für Stabilität und Sicherheit“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach auf dem Ideencampus der dbb jugend am 19. Oktober 2023, der in diesem Jahr unter dem Motto „Generation Krise – staatklares für die

Zukunft?“ steht. „Egal, ob etwa Klimawandel, demografische Entwicklung oder Migration: Der Staat steht vor gewaltigen Aufgaben. Diese kann er nur bewältigen, wenn er handlungsfähig ist.“

Sorge bereitet dem Bundesvorsitzenden vor allem die Vertrauenskrise: „69 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten den Staat für überfordert. Der öffentliche Dienst braucht gut ausgebildetes und vor allem ausreichend Personal, effektive Strukturen und digitale Kompetenz, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.“

„Fachkräfte sind nicht von jetzt auf gleich verfügbar, schon gar nicht in Zeiten des demografischen Wandels“, sagte Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb Jugend. „Deshalb müssen die Verantwortlichen jetzt schnellstmöglich die richtigen Weichen stellen. Heißt:

Die aktuelle Einkommensrunde nutzen, um zukünftigen Beschäftigten ein finanziell attraktives Angebot zu machen. Starre Strukturen aufbrechen und Laufbahnen flexibilisieren. Und nicht zuletzt in Sachen Digitalisierung endlich in der Gegenwart ankommen, in der zukünftige Fachkräfte bereits leben.“

Hintergrund

Angesichts der Situation blicken viele junge Menschen pessimistisch in die Zukunft. Wie gehen sie mit den Krisen um? Wie können Lösungen aussehen? Und was kann der öffentliche Dienst beitragen? Diese Fragen standen auf dem Ideencampus im Fokus. Mehr Informationen unter [dbb-jugend.de](https://www.dbb-jugend.de).

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Finanzminister will in die Pensionskasse greifen

Anlässlich einer Ausschussanhörung im Landtag über den Personalhaushalt 2024 am 18. Oktober 2023 hat der DBB NRW die Pläne des Finanzministers zum Griff in die Pensionskasse zurückgewiesen und einen Alternativvorschlag gemacht.

Den Beamtinnen und Beamten fehle jedes Verständnis dafür, im Rahmen eines Änderungsgesetzes zum Pensionsfondsgesetz die Abschöpfung der Gewinne aus dem Pensionsfonds weit vor dem Höchststand der Pensionsausgaben im Jahr 2028 vorzunehmen, hieß es vom dbb Landesbund. Kritik gab es auch an der geplanten Streichung weiterer Zuführungen durch das Land. Zwar soll hierdurch der Kapitalstock unangetastet bleiben, dieser werde aber laufend durch die hohe Inflation substanziell entwertet und immer weniger auskömmlich.

Anlass dieser Gesetzesinitiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann laut Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, nur die gegenwärtige Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen sein und nicht die Entwicklung der Pensionsausgaben. Nach Auffassung des DBB NRW diskreditiert bereits die Wortwahl der Pensionsausgaben als „Pensionslasten“ die Lebensleistung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Der DBB NRW habe zwar grundsätzlich Verständnis dafür, dass zur – teilweisen – Deckung der Pensionsausgaben Mittel aus dem hierfür gebildeten Pensionsfonds entnommen werden. Die Art und Weise sowie der Zeitpunkt müssten aber generationengerecht und nachhaltig sein. Dies gewährleistet das derzeit geplante Entnahmegesetz nicht.

Der DBB NRW schlägt daher zur passgenauen Finanzierung und zukunftssicheren Absicherung der Pensionsausgaben ein „Pensionsausgabensicherungssystem (PASS)“ mit dem Ziel vor, nach der aktiven Zeit für die Beamtinnen und Beamten einen Kostendeckungsgrad der Pensionen von 70 Prozent sicherzustellen.

Für die Finanzierung von „PASS“ schlägt der DBB NRW folgendes Verfahren vor: Durch den strukturell bereits erbrachten Eigenanteil der Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen an der ehemaligen Versorgungsrücklage durch dauerhaften Verzicht auf 1,6 Prozent der Besoldung und Versorgung, in Summe etwa 700 Millionen Euro jedes Jahr; die Einsparungen des Landes durch Absenkung des Versorgungsbetrages von 75 Prozent

auf 71,75 Prozent, in Summe 3,25 Prozentpunkte, sowie einer Zweckgebundenheit eines Teils der nichtverausgabten Personalkosten aus den rund 26.000 unbesetzten Stellen im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der DBB NRW verweist bei der Finanzierung von „PASS“ insbesondere auf die im Entwurf des Landeshaushaltes für 2024, wie auch bereits in den vergangenen Jahren, bereits fest

eingestellten Finanzmittel für rund 26.000 unbesetzte Personalstellen. Dem Land gelinge es offenbar seit Jahren nur unzureichend, sich gegen die Konkurrenz der Privatwirtschaft im Kampf um die besten Köpfe durchzusetzen, um dringend benötigtes Fachpersonal für den Landesdienst zu gewinnen. Nach Ansicht des DBB NRW droht dem Land hierdurch nicht nur ein personalwirtschaftlicher Kollaps, sondern auch durch den ausbleibenden Wissenstransfer ein Verlust an fachpraktischen Erfahrungen ungeahnten Ausmaßes.

Saarland

dbb Landeshauptvorstand: Vorbereitung der Einkommensrunde

Am 16. Oktober 2023 tagte der Landeshauptvorstand des dbb saar mit seinen 36 Fachgewerkschaften und Querschnittsvertretungen in Saarbrücken.

Das Gremium untermauert die Forderung des dbb nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Landeschef Ewald Linn sagte: „Was im Großen für unser ganzes Land gilt, dass wir in einer Zeit großer Herausforderungen, Umbrüche und Verunsicherungen stecken, gilt in mancherlei Hinsicht auch für den öffentlichen Dienst. Wie soll dieser aussehen, wenn zum Beispiel die TdL keinerlei Anstalten macht, diese Zukunft gestalten zu wollen, um ganz konkret den Mangel an Beschäftigten in allen Bereichen des Landesdienstes zu beheben?“

Der Tarifvertrag Länder (TV-L) sei nicht mehr konkurrenzfähig – nicht zur Privatwirtschaft und auch nicht zum Tarifvertrag für Bund und Kommunen (TVöD). Deshalb werde die Einkommensrunde der Länder von großer Bedeutung sein. „Durch die besonderen Veränderungen seit 2020 haben insbesondere die Inflation und die Erhöhung der Lebenshaltungskosten

die Beschäftigten vor große Herausforderungen gestellt, auf die auch die Arbeitgeber und Dienstherren der Länder eine Lösung in der anstehenden Einkommensrunde am Beispiel des jüngsten Tarifabschlusses von Bund und Kommunen finden müssen. Dabei erwartet der dbb Landeshauptvorstand von der Landesregierung und dem Landesgesetzgeber, dass das Tarifergebnis auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten sowie auf die Pensionäre zeitgleich und systemgerecht übertragen wird. Denn insbesondere die Beamtinnen und Beamte des Landes haben seit 2010 erhebliche Sparopfer zur Umsetzung der Schuldenbremse erbringen müssen und benötigen deshalb eine klare Perspektive und ein starkes Signal der Wertschätzung. Die saarländischen Beamtinnen und Beamten dürfen nicht länger Schlusslicht im Besoldungsranking von Bund und Ländern sein. Das schadet auch dem Wettbewerb um die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung“, so Linn.

VRFF Die Mediengewerkschaft

Inflation trifft auch Beschäftigte der öffentlich-rechtlichen Medienhäuser

Die VRFF fordert eine gerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, um das von der Politik über den Rundfunkstaatsvertrag bestellt Programm auch liefern zu können.

In den letzten Jahren habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhebliche finanzielle Herausforderungen erlebt, die sich nachteilig auf die Qualität des Programms und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

ausgewirkt hätten. Dazu zählten Mehrausgaben wegen Corona sowie die inflationsbedingten Kostensteigerungen für Material und Programm. Die Beschäftigten hätten hingegen im Schnitt weniger als 2 Prozent an jährlicher Ge-

haltssteigerung erhalten. Hinzu kämen Stellenabbau sowie Einsparungen in Verwaltung, Technik und Programm.

Diese Faktoren, aber auch die Aufgaben der Digitalen Transformation, führten unter ande-

rem zu einer Arbeitsverdichtung, deren gesundheitliche Folgen unübersehbar seien, wie beispielsweise die alarmierende Evaluation der Psychischen Gefährdungsbeurteilungen in ARD-Anstalten zeige. Stress und Burnout sind demnach häufige Begleiter bei den Beschäftigten.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Zolltag 2023: Liebel will Zollfahndungsdienst stärken

Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel fordert eine Stärkung des Zollfahndungsdienstes (ZFD) auf eine Größe von 6.000 Stellen.

Das hat der BDZ Chef beim Zolltag 2023 des „Behördenspiegels“ am 12. Oktober 2023 erneut bekräftigt. Der ZFD und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) sollen enger zusammenarbeiten, so sieht es – neben vielen weiteren Maßnahmen – die im Auftrag von Bundesfinanzminister Christian Lindner entwickelte Strategie zur gezielteren Bekämpfung von Organisierter Kriminalität (OK) und Geldwäsche vor. Das Zfd benötige dafür mehr Personal, denn „Eine effektivere Bekämpfung von OK kann es nicht zum Nulltarif geben“, so Liebel.

Außerdem sei eine Fortentwicklung der Digitalisierung in den Behörden nötig, etwa bei Schnittstellen zu Datenbanken oder zur Entlastung der Ermittlungskräfte von trivialen Aufgaben, so der BDZ Chef. Dies setze Investitionen im Bundeshaushalt voraus, aktuell seien im IT-Bereich jedoch eher Einsparmaßnahmen erkennbar. Liebel wiederholte auch die Forderung der vom BDZ weiterhin befürworteten Bargeldobergrenze von mindestens 10.000 Euro in Deutschland.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Lagebild Organisierte Kriminalität: Kriminelle Finanzstrukturen abschöpfen

Das Lagebild zur Organisierten Kriminalität in Deutschland zeigt für 2022 erneut, dass es sich um eine ernste Herausforderung handelt. Mit 696 Ermittlungsverfahren ist die Zahl zwar gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, stagniert jedoch auf hohem Niveau. Eine Tendenz, die das Bundeskriminalamt feststellt, ist die zunehmende Gewaltbereitschaft der Kriminellen. Gefährliche und schwere Körperverletzung sind immer mehr an der Tagesordnung.

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte am 12. Oktober 2023: „Die Organisierte Kriminalität findet nicht nur im Verborgenen statt, sie lässt mehr und mehr ihre Maske fallen und setzt auf offene Einschüchterung. Dem müssen die Sicherheitsbehörden entgegen treten, vor allem mit dem Ausbau der Ermittlungs- und Analysefähigkeiten des BKA und dem verstärkten Ermitteln und Abschöpfen krimineller Finanzstrukturen.“

Ein Problem, mit dem die deutschen Sicherheitsbehörden zu kämpfen hätten, seiend die

fehlenden technischen Möglichkeiten. Da kriminelle Banden überwiegend verschlüsselt kommunizieren, bräuchte die Polizei grundsätzlich die Möglichkeit der Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ. Wendt: „Es muss auch mehr Investitionen in Analysesoftware für die Polizei geben. Die ermittelnden Behörden müssen in die Lage versetzt werden, große Datenmengen schnell und sicher auszuwerten, um Schwerpunkte und Zusammenhänge bundesweit und grenzübergreifend agierender Täterbanden schneller zu erkennen und zu bekämpfen.“

dbb Bildungsgewerkschaften

Digitalpakt Schule: Finanzierungslücke gefährdet zeitgemäße Bildung

Ein breites Bündnis aus Lehrerschaft, Eltern, Schulträgern und der Digitalwirtschaft warnt vor dem Auslaufen des DigitalPakt Schule im Mai 2024 und fordert eindringlich die Umsetzung der im Koalitionsvertrag zugesicherten nahtlosen Anschlussfinanzierung.

Seit 2019 hat der DigitalPakt Schule mehr als fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung von Deutschlands Schulen bereitgestellt. Trotzdem fehlt es weiterhin an breitbandiger Vernetzung, digitalen Endgeräten, Lehrmitteln und Tools sowie den entsprechenden Fortbildungen und Strategien. Inwieweit Schulen ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können, hängt maßgeblich von der Fortführung des Digitalpakts ab. Ohne dauerhafte Finanzierungszusagen werden viele Schulen und Schulträger die gerade angeschobene Digitalisierung stoppen oder zurückdrehen müssen.

Das Bündnis aus Bundeselternrat, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Deutscher Städte- und Gemeindebund, Digitalverband Bitkom, Deutscher Philologenverband (DPHV), Verband Bildungsmedien und Initiative D21 fordert deshalb: Der Digitalpakt 2.0 muss wie angekündigt kommen, um die Digitalisierung von Deutschlands Schulen sicherzustellen und das deutsche Bildungssystem zukunftsfähig zu machen. Im Einzelnen wird Folgendes vorgeschlagen: 1. Eine öffentliche Zusicherung einer Anschlussfinanzierung für den DigitalPakt Schule ab 2024 durch Bund und Länder. 2. Die zeitnahe Aufnahme der offiziellen Bund-Länder-Verhandlungen für ein Nachfolgemodell des DigitalPakt Schule. 3. Die Ausarbeitung eines langfristigen Finanzierungsmodells, das mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr bis mindestens 2030 zur Verfügung stellt. 4. Die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Eltern, Schulträgern, Bildungsexpertinnen und -experten sowie der Digitalwirtschaft in die Beratungen.

Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes erklärte am 16. Oktober 2023: „Der Digitalpakt 1.0 war richtig und wichtig! Er hat jedoch noch längst nicht alle Ziele erfüllt. Häufig steht die nachhaltige Beschaffung von digitalen Endgeräten für Lehrkräfte und ihre Schülerinnen und Schüler

noch aus, ebenso wie die professionelle IT-Unterstützung der Schulen. Es darf einfach nicht sein, dass die ohnehin schon stark beanspruchten Lehrkräfte ihre Zeit noch zusätzlich für die Installation von Technik verwenden müssen. Der Digitalpakt 2.0 muss direkt an den ersten Digitalpakt anschließen. Eine Lücke zwischen den Pakten führt zu unnötiger bürokratischer Verkomplizierung! Vor allem brauchen wir mehr Nachhaltigkeit bei der Gerätebeschaffung: Sich von Pakt zu Pakt zu hangeln, ist keine gute Lösung. Zudem muss der im Koalitionsvertrag versprochene entschleunigte und entbürokratisierte Mittelabruf endlich umgesetzt werden. Da liegt noch zu viel im Argen.“

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verband Bildung und Erziehung Tomi Neckov kommentiert: „Wir brauchen eine sichere Planungsperspektive für Schulen. Der Digitalpakt war ein guter Impuls und die Soforthilfen während der Pandemie sorgten für einen deutlichen Ausstattungsschub. Der Digitalisierungsschub ist bisher jedoch ausgeblieben. Noch immer gibt es Schulen ohne Zugang zum Breitbandinternet und ausreichende Geräte für Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte. Zudem brauchen wir dringend eine Antwort auf die Frage, wer die Administration der digitalen Infrastruktur und vorhandenen Geräte übernimmt. Die sowieso schon belasteten Kollegien können diese Aufgabe nicht zusätzlich schultern. Wenn nun der Digitalpakt ausläuft und weder die Anschlussfinanzierung geklärt noch ein Digitalpakt 2.0 umgesetzt ist, wird das für Unruhe in den Schulen sorgen. Es braucht eine klare Perspektive! Wir wollen langfristige, nachhaltige und effiziente Investitionen, welche modernes Lehren und Lernen unterstützen. Nun ist die Politik am Zug. Wir fordern eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um die lückenlose Finanzierung sicherzustellen.“

Namen und Nachrichten

Maik Maschke brennt für seinen Beruf als Lebensmittelkontrolleur. An erster Stelle steht für ihn dabei Beratung und Kooperation, nicht Überwachung und Kontrolle. „Was ich im Vorfeld durch Gespräche und Schulungen erreichen kann, verbessert die Lebensmittelsicherheit nachhaltiger als alle Kontrollen“, erzählt der 41-jährige Erzgebirgler in Folge 13 vom **dbb**-Podcast „DienstTag – Menschen, die Staat machen“. Damit ist er dann auch schon beim Hauptproblem der Lebensmittelkontrolle in Deutschland: Inzwischen fehlen landesweit über 1.500 Kolleginnen und Kollegen. Das senkt den Kontrolldruck und die Qualität der Arbeit vor Ort. „Früher war eine Gaststätte in Sachsen viermal dran, jetzt dürfen wir da nur noch zweimal im Jahr routinemäßig hingehen“, bedauert Maschke. „Da ist einfach die Frequenz dem Personalschlüssel angepasst worden und nicht umgekehrt.“ Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure überprüfen übrigens nicht nur gastronomische Betriebe. Tabakwaren, Tattoofarben oder bestimmte Spielwaren fallen genauso in ihr Aufgabengebiet. Maik Maschke liebt die Vielfältigkeit seines Jobs, das Teamwork etwa mit Lebensmittelchemikern oder Amtsveterinären und das selbstständige Arbeiten im Kontrollgebiet. Sorgen macht er sich vor allem um die Zukunft der Branche: „Natürlich kann man nicht hinter jede Pizza einen Kontrolleur stellen. Die Personalnot wird aber inzwischen zum Hauptproblem. Früher hatten wir 30 bis 40 Bewerbungen pro Stelle. Bei uns im Erzgebirgskreis sind aktuell mehrere Stellen frei. Wir suchen dringend Leute. Alle Qualifizierten sind hiermit ausdrücklich zur Bewerbung eingeladen.“

Einen Anwendungstarifvertrag des TVöD für die Service Dortmund GmbH abzuschließen – das ist das Ziel des **dbb**. Doch der Arbeitgeber hat einen Rückzieher gemacht. Am 12. Oktober 2023 hat der **dbb** die Verhandlungen zum Abschluss eines Anwendungstarifvertrages des TVöD für die Service Dortmund GmbH fortgesetzt – konnte hierbei aber keinerlei Fortschritte erreichen. Im Gegenteil hat der Arbeitgeber im Laufe des Verhandlungsgespräches erklärt, dass er die Entgeltordnung zum TVöD/VKA in Nordrhein-Westfalen, das sogenannte Lohngruppenverzeichnis NRW, nicht

als Grundlage für die Eingruppierung der Beschäftigten bei der Service Do akzeptieren wird, und zwar weder für die Überleitung der vorhandenen noch für die zukünftigen Beschäftigten. Vielmehr schwebt ihm eine dauerhafte Unterschreitung dieser Regelungen vor. Dieses Lohngruppenverzeichnis ist aber zentraler Bestandteil des einschlägigen TVöD im Geltungsbereich des Städtischen Klinikums, es war auch in den vergangenen Monaten Grundlage aller Verhandlungen und Eingruppierungsvorschläge, die zwischen den Tarifparteien diskutiert worden sind. Damit steht ein zentraler Baustein eines echten TVöD-Anwendungstarifvertrages infrage, der das erklärte Ziel beider Tarifparteien in den zurückliegenden Verhandlungen war. Seitens der Tarifkommission wurde diese vollkommen neue und überraschende Ankündigung mit großem Unmut aufgenommen. Der **dbb** hat daraufhin entschieden, die Verhandlungen am heutigen Tag zu unterbrechen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Ein genereller Abbruch der Verhandlungen ist aber nicht entschieden worden. Geplant ist vielmehr, diese am 26. Oktober 2023 fortzusetzen. Der **dbb** wird zeitnah über das weitere Vorgehen informieren.

Am 13. Oktober 2023 fand ein erstes Gespräch zwischen **dbb bremen**, **Deutscher Steuer-Gewerkschaft (DSTG)** und Finanzsenator Björn Fecker statt. Schwerpunktthemen waren die anstehenden Tarifverhandlungen, die Nachwuchsgewinnung sowie die Arbeitgeberattraktivität. Fecker zeigte Verständnis für die Tarifforderung der Gewerkschaften, wies aber darauf hin, dass die Einkommenserhöhungen auch bezahlbar sein müssten. Die Gewerkschafter um den **dbb** Landesvorsitzenden Olaf Wietschorke wiesen auf die steigende Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst hin und forderten Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung, bei den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und der Modernisierung der IT-Verfahren. Der Finanzsenator stimmte uns zu und führte aus, dass er eine Verbesserung und Intensivierung von Aktivitäten zur Nachwuchsgewinnung, eine Überprüfung von Zulagen und beamtenrechtlichen Fragestellungen im Sinne einer zeitgemäßen Anwendung, unter Beachtung der Haushaltsmittel, anstrebt (z. B. eine Anhebung der Eingangssämter).

Termine:

26. Oktober 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 1. Runde

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

2./3. November 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 2. Runde

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

8. November 2023

Einkommensrunde Hessen 2024: Forderungsbeschluss

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

7./9. Dezember 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 3. Runde

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde
